

Die PSG und die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011

von Daniel Müller

Die PSG erzielte in den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 0.1 % der gesamten Stimmen. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren es 1687 Stimmen. Die WSWS stellt dieses Ergebnis¹ als Beweis ihrer erfolgreichen Parteiarbeit und als wichtigen Schritt in Richtung sozialer Revolution dar. Der PSG Vorsitzende Ulrich Rippert wurde zitiert:

„Wir haben mit diesem Wahlkampf einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht [...] Wir sind als selbstbewusste, revolutionäre Partei aufgetreten und sind dabei auf großes Interesse unter Arbeitern und Jugendlichen, nicht nur in dieser Stadt, sondern international, gestoßen.“

Ich habe einige Zweifel an dieser Darstellung.

Zunächst einmal ist dieses Ergebnis sowohl in absoluten Zahlen als auch als Stimmanteil verschwindend klein. Die WSWS besteht darauf, dass die PSG ihr Ergebnis gegenüber den letzten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus in 2006 verdreifachen konnte. Damals erhielt sie 565 Stimmen, doch das zeigt eher wie schlecht ihr letztes Wahlergebnis war. Weiterhin sollte man beachten, dass in den Wahlen zum EU-Parlament von 2004 die PSG 1404 Stimmen in Berlin erhielt, und in den Bundestagswahlen 2009 1420 Stimmen auf die PSG entfielen. Diese Zahlen stehen nicht weit hinter dem diesjährigen Ergebnis zurück, so kann man auch deswegen schlecht von einem großen Fortschritt sprechen. Der Kommentar der WSWS zu den Wahlen von 2004² liest sich in weiten Teilen ganz ähnlich wie der aktuelle, dies ist ein weiterer Hinweis auf effektiven Stillstand. Damals berichtete ein Reporter der PSG:

„Diese Zunahme der Stimmenzahl ist von großer politischer Bedeutung. Sie zeigt, dass fortschrittliche Arbeiter, Intellektuelle und Jugendliche beginnen, sich ernsthaft mit politischen Fragen auseinander zu setzen und eine internationale sozialistische Perspektive zu unterstützen.“

Die Bedeutung die dem Wahlergebnis von 2011 beigemessen wird erinnert auf merkwürdige Weise an die Bedeutung des Ergebnisses von 2004, als wären beide Artikel von der gleichen Vorlage geschrieben worden.

Das Wahlergebnis von 2011 erscheint nicht besonders eindrucksvoll wenn es mit dem Aufwand verglichen wird, den die PSG in ihren Wahlkampf gesteckt hat. Es wurden 200.000 Flugblätter verteilt und 100 Informationstische aufgebaut. Noch wichtiger ist allerdings, dass sich die Umstände deutlich verändert haben, doch das hat nicht zu einem bedeutsamen Anstieg der Stimmen für die PSG geführt³. Die Wirtschaftskrise dauert bereits drei Jahre an und es ist kein Ende in Sicht, in der EU gibt es deutliche Zerfallserscheinungen. Sozialkürzungen und Sparmaßnahmen wie noch nie zuvor werden durchgesetzt, und als Reaktion darauf gibt es Massenproteste und Aufrühre – obwohl ich eingestehen muss dass die Krise in Deutschland noch keine massenhafte Handlungen

¹ <http://wsws.org/de/2011/sep2011/psg-s20.shtml>

² <http://wsws.org/de/2004/jun2004/psg-j15.shtml>

³ Ich betrachte hier nur die absolute Steigerung. Es ist unsinnig von einer Verdreifachung zu reden wenn die absoluten Zahlen so klein sind. Jeder der ein Grundverständnis von Statistik hat weiß, dass solche kleinen Veränderungen keine Signifikanz haben. Freundlich ausgedrückt ist es sehr spekulativ, wenn aus solchen Zahlen ein Trend abgeleitet wird.

der Arbeiterklasse ausgelöst hat. Nichtsdestoweniger hat eindeutig eine Veränderung in der Einstellung zu Staat und Politik stattgefunden, vor allem ein weiterer Vertrauensverlust in den Staat und die soziale und wirtschaftliche Lage.

Im Lichte dieser Ereignisse zeugt das Wahlergebnis kaum von einem nennenswerten Anstieg in der Zahl der Arbeiter die Führung von der PSG ersuchen.

Der aufschlussreichste Teil des Kommentars zum Wahlergebnis ist jedoch der letzte Absatz. Darin wird erneut Ulrich Rippert zitiert:

„Gleichzeitig habe man im Wahlkampf auch gemerkt, dass Arbeiter an dem Programm zwar interessiert seien und sich mit den internationalen Perspektiven auseinandersetzen, dass viele aber noch davor zurückschrecken, die revolutionären Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und sich tatsächlich für die PSG zu engagieren oder sie zu wählen. ‚Viele Menschen beobachten uns jetzt und verfolgen, was wir zu sagen haben‘, sagte Rippert, ‚In dem Maße, wie die Klassenkämpfe auch in Deutschland offen ausbrechen, werden sie sich uns aktiv zuwenden.““

Es ist nicht klar wen er eigentlich meint, wenn er von „vielen Menschen“ spricht, die zwar Interesse bekundeten, aber noch davor zurückschrecken ausgewachsene Revolutionäre zu werden (sprich: PSG-Mitglieder) oder an PSG Aktivitäten teilzunehmen (sprich: Vorträge anzuhören und Artikel zu schreiben), oder auch nur für diese Partei zu stimmen.

Doch selbst wenn dies kein Wunschdenken ist und wir Ripperts Behauptungen annehmen, zeigt dies dass die PSG unfähig ist selbst mit den wohlgesonnensten Arbeitern in Kontakt zu treten. Rippert geht aber davon aus, dass die Geschichte dieses Problem selbst für die PSG lösen wird:

„In dem Maße, wie die Klassenkämpfe auch in Deutschland offen ausbrechen, werden sie sich uns aktiv zuwenden.“

Es sieht so aus, als wenn nichts weiter zu tun bleibt außer weiterhin Parteiarbeit zu machen wie bisher (sprich: Artikel für die WSWS schreiben) und eines Tages wird die Arbeiterklasse schon an der Tür zum Parteibüro klingen und nach Führung fragen. Doch ich fürchte es wird so nicht ausgehen.

Noch eine Beobachtung: Das IKVI ist sehr selbstbewusst, dass ihr Verständnis des Marxismus ihnen einen viel tiefgründigeren Einblick in politische Ereignisse ermöglicht als den meisten herkömmlichen Medien, weil es letzteren an einer schlüssigen Theorie fehlt und sie auf oberflächliche, täglich wechselnde Eindrücke angewiesen sind. Doch eine Untersuchung des WSWS ergibt, dass die große Mehrzahl der dort erscheinenden Artikel ebenso wie die bürgerliche Presse auf oberflächlichen Eindrücken beruhen. Und selbst in der kleinen Auswahl der Artikel, die eine ernsthafte Analyse der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen liefern, ist wenig enthalten was der Arbeiterklasse aufzeigt, wie in der jeweiligen Situation vorzugehen wäre. Doch wenn die Journalisten der PSG über sich selbst berichten kann man sagen, dass sie unfähig sind eine ehrliche Einschätzung der Ereignisse zu liefern, sondern statt dessen in eine Orgie von Wunschdenken verfallen. Hier würde man selbst von der bürgerlichen Presse mehr erwarten. In der Artikelserie „Marxism without its Head or its Heart“ zeigen Alex Steiner und Frank Brenner, dass eine auf Wunschdenken beruhende Analyse nichts neues in der WSWS ist⁴.

⁴ Siehe die Diskussion über die Berichterstattung der WSWS über den Streik der New Yorker Verkehrsbetriebe von 2005, http://permanent-revolution.org/polemics/mwhh_ch05.pdf, Seiten 120-127.

Wenn sie über sich selbst berichten bleibt keine Spur mehr von kritischem Denken und tiefgründiger Erkenntnis. Alles was zählt sind die neusten Eindrücke die darauf hinweisen könnten, dass die Partei einen politischen Einfluss in der Arbeiterklasse vergrößert hat. Kein Argument ist zu weit hergeholt, um diese Sichtweise zu stützen. Zum Beispiel widmete der Bericht über ihr Wahlergebnis von 2004 mehr als drei Absätze der Tatsache, dass das Ergebnis der PSG nahe an dem der stalinistischen DKP lag. Darin steht:

„Diese Zahlen haben symptomatische Bedeutung. Jahrzehntlang konnte sich der Stalinismus auf einen riesigen Apparat und nahezu unbeschränkte finanzielle Mittel stützen, um wirkliche marxistische Ideen zu unterdrücken. Diese Zeiten sind mit dem Zusammenbruch der SED und dem Niedergang der SPD vorbei. An der Gesamtzahl der Wähler gemessen mögen die Stimmen für die PSG noch gering erscheinen. Doch dieses Ergebnis drückt einen unverkennbaren politischen Trend aus, der erst begonnen hat: eine begrüßenswerte Hinwendung politisch bewusster Menschen zu einer sozialistischen Alternative.“

Sieben Jahre nach dem Beginn dieses „unverkennbaren Trends“ erreicht die PSG ein in etwa gleiches Ergebnis während die DKP im Jahr 2011 mit 3614 Stimmen mehr als doppelt so viele wie die PSG einholt. Doch die WSWS verliert nicht ein Wort über das Ergebnis der DKP in 2011. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie bedeutungslose Ereignisse in einen „unverkennbaren Trend“ übertrieben werden. Wenn sich aber herausstellt, dass sie falsch lag, übernimmt die PSG dafür keine Verantwortung.

Zusammenfassen schreiben Steiner und Brenner über ihre Folgerungen aus der Berichterstattung der WSWS über den Streik der New-Yorker Verkehrsbetriebe im Jahr 2005:

„Es gibt nichts schlimmeres als eine revolutionäre Führung, die versucht Probleme mit leerer Rhetorik und Wunschdenken zu überdecken⁵.“

Genau das gleiche kann man auch über die Führung der PSG in 2011 sagen. Sie lernten genauso wenig aus dem Wahlkampf der PSG in 2011, wie sie auch aus dem Wahlkampf zu den Europawahlen 2009 und 2004 nichts lernten. Statt dessen werden erneut die passenden Daten so ausgewählt, dass man die offenkundige Tatsache verdecken kann, dass die PSG nur wenig Berührungspunkte mit der Arbeiterklasse hat.

Die PSG, die Linkspartei und die Piratenpartei

Frank Brenner bemerkt in seinem Kommentar zum Abschneiden der PSG in den Europawahlen 2009⁶, dass die PSG eine sektiererische Einstellung hat. Das heißt, dass sie nur fähig ist andere Parteien zu kritisieren, aber sich keine Mühe macht die Arbeiter für sich zu gewinnen, die jene Parteien unterstützen. Zum Beispiel schrieb die WSWS in einem Kommentar zu diesen Wahlen über die Linkspartei, dass „Arbeiter, Arbeitslose und Empfänger von Hartz IV sich von der Linkspartei immer weniger vertreten sehen“, obwohl die Linkspartei kleine Zugewinne in diesen Wahlen verzeichnen konnte. Dieses mal verlor die Linkspartei Stimmen, also ist die Erklärung dass Arbeiter von dieser Partei enttäuscht sind glaubwürdiger. Doch ungeachtet des Auf und Ab bei der Linkspartei war Brenners entscheidender Punkt, dass trotz der Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Linkspartei die PSG unfähig ist die Unterstützung dieser Arbeiter zu gewinnen. Er schrieb:

Doch wenn die Linkspartei Unterstützung verliert, wohin gehen die Arbeiter dann?

⁵ http://permanent-revolution.org/polemics/mwhh_ch05.pdf , Seite 127.

⁶ http://permanent-revolution.org/polemics/PSG_Europawahl.pdf

Offensichtlich nicht zur PSG. Während der Abgang einer reformistischen Stütze des Kapitalismus willkommen wäre, ist die entscheidende Frage, was mit der Parteibasis passiert. Wenn sie nicht für den revolutionären Marxismus gewonnen wird, dann wäre der Abgang der Linkspartei tatsächlich ein Signal für sich vertiefende Verwirrung und politische Spaltung der Arbeiterklasse. [...] Die Idee, dass das Verschwinden der Linkspartei es irgendwie einfacher machen wird, Arbeiter für die PSG zu gewinnen ist eine gefährliche Illusion. So lange spontanes Bewusstsein in der Arbeiterklasse vorherrscht, werden Formationen wie die Linkspartei unausweichlich erneut auftauchen, und es wird erneut die Aufgabe der Trotzlisten sein, sich für einen Dialog mit diesen Arbeitern zu öffnen und für sie Brücken zum sozialistischen Bewusstsein zu bauen. Nur durch solche Eingriffe können Marxisten es Arbeitern ermöglichen, reformistische Hindernisse *bewusst zu überwinden*, um politische Unabhängigkeit und Befreiung zu erreichen.

Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass die Unzufriedenheit mit der Linkspartei nicht in einer Zuwendung zur PSG gemündet hat, sondern so wie es Brenner vorhergesehen hat, im Auftritt einer neuen „linken“ Gruppierung auf der politischen Bühne. Die neu aufgetauchte Piratenpartei scheint einige der Stimmen aus der Arbeiterklasse aufgenommen zu haben, die früher an die Linkspartei gingen⁷. Doch den unausgegorenen Vorwürfen der PSG an die Piratenpartei nach zu urteilen, können die Kommentatoren der PSG dies weder zugeben noch die Situation richtig fassen.

Hier ist es nötig ein paar Worte über diese neue Partei zu sagen. Es ist eine Gruppierung ohne ganz klare Gestalt, sie hat kein klares Manifest oder exakte Abgrenzungen, doch die grundsätzliche Struktur kann trotzdem benannt werden. Die Piratenpartei begann als politischer Arm von jungen Technikbegeisterten die sich hauptsächlich über das Internet organisierten. Sie halten sich im wesentlichen für Internationalisten und betrachten nationale Grenzen für Relikte aus der Vergangenheit die durch die technischen Entwicklungen überholt worden sind. Jedoch liegen ihre Hochburgen in westeuropäischen Ländern, vor allem Schweden und Deutschland. Sie haben Verbindungen zu Internetaktivisten und Hackergruppen wie „The Pirate Bay“, „Electronic Frontier Foundation“, dem deutschen „Chaos Computer Club“ wahrscheinlich auch dem Kollektiv von Internetaktivisten namens „Anonymous“.

Eines ihren zentralen Anliegen ist der freie Austausch von Informationen und Wissen. Diesen Leuten zufolge wäre es ein großer Fortschritt für die Gesellschaft, wenn jegliche Software und digitale Medien (d.h. Musik, Filme, elektronische Bücher und Artikel) frei über das Internet ausgetauscht werden dürften. Sie sehen dies durch Software- und Medienkonzerne gefährdet, deren Geschäft es ist Informationen zu vervielfältigen und zu verteilen. Daneben würden Regierungen den Informationsfluss kontrollieren wollen, um die Kontrolle über die der Öffentlichkeit zugänglichen Informationen behalten zu können. Man kann ruhig auch Wikileaks und dessen Gründer Julian Assange zu diesem Milieu zählen⁸. Assange wurde für seine Rolle bei der Aufdeckung von geheimen diplomatischen Nachrichten von der WSWS mit Lob überschüttet.

⁷ Gemäß einer Wählerbefragung erhielten die Piraten Stimmen von früheren Wählern aller größeren linksgerichteten Parteien, besonders der Grünen, aber auch der SPD und der Linkspartei.

„Das Meinungsforschungsinstitut Infratest ermittelte dass 17.000 frühere Grünen-Anhänger am Sonntag ihre Stimme der Piratenpartei gaben, der größerer Wählerabfluss unter allen Parteien. Die SPD verlor 14.000 Stimmen an die Piraten und die Linkspartei 13.000.

Doch der größte Erfolg der Partei war ihre Fähigkeit volle 23.000 Menschen anzuziehen, die nie zuvor gewählt haben. Die mehr Stimmen kamen aus Ost- als aus West-Berlin. In ersterem erreichte die Partei 10,1% der Stimmen. Zitat aus *Spiegel-Online*, <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,787417,00.html>

⁸ Tatsächlich gibt es sogar persönliche Verbindungen zwischen Wikileaks und der Piratenpartei. Letztere nominierte Anke Domscheit-Berg als Kandidatin als Bezirksstadträtin in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, der Hochburg der Piratenpartei. Anke Domscheit-Berg wiederum ist mit Daniel Domscheit-Berg verheiratet, einem zentralen Wikileaks Aktivisten bis zu seinem Zerwürfnis mit Julian Assange im Jahr 2010.

Die politische Ausrichtung der Piratenpartei ist eine Mischung aus verschiedenen Strömungen. Zudem ist sie derzeit im Fluss und Änderungen unterworfen. Solch eine Situation ist nicht ungewöhnlich für eine junge, ungefestigte politische Organisation. In ihren Anfängen hatte die Piratenpartei einige sehr radikale Forderungen, beispielsweise die vollständige Legalisierung des Kopierens von Software und Medien über das Internet. Dies ist im Kern eine antikapitalistische Forderung, die einige Konzerne (z.B. Microsoft, Oracle, Apple, Time Warner, Disney) vor große Probleme stellen würde, wenn sie umgesetzt würde. Würde diese Forderung im Kontext eines politischen Kampfes für den Sozialismus gestellt, wäre es eine gute Übergrangsforderung im Sinne von Trotzki's Übergangsprogramm. Natürlich sind die Piraten keine Sozialisten und behaupten auch nichts anderes.

Es gibt innerhalb der Piratenpartei viel Diskussion um soziale und wirtschaftliche Fragen. Es gibt einige in der Piratenpartei die linksreformistische Forderungen stellen, wie die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Aber an dieser Frage kann man auch den starken Einfluss von Mittelklasse-Ideologie erkennen. Denn viele Piraten sind eher besser gestellte Spezialisten als gewöhnliche Arbeiter, und so gibt es starken parteiinternen Widerstand gegen solche Forderungen. Man kann sogar vereinzelt offene Feindschaft gegenüber der Arbeiterklasse vorfinden, denn einige halten die Arbeiterklasse und solche Leute, die sich mit moderner Computertechnologie nicht auskennen, für ein unproduktives Relikt aus der Vergangenheit und Ballast für den Fortschritt.

Es ist daher richtig Arbeiter und junge Leute vor der Piratenpartei zu warnen. Ebenso muss gewarnt werden vor deren Illusion, dass sich der Reformismus durch Computertechnik wiederbeleben lässt, vor ihrer politischen Naivität und ihrer beschränkten Perspektive. Dies alles stellt ein Risiko einer möglichen zukünftigen Rechtsentwicklung dieser Partei dar. Doch anstelle einer ernsthaften Untersuchung dieser politischen Gruppierung liefert die WSWS nur eine einseitige und halbgare Analyse der Piraten, und beschreibt sie als anti-sozial, ohne echtes Programm, und sogar als rechte und konservative Gruppierung.

Die WSWS versucht den Erfolg der Piratenpartei als das Ergebnis einer Medienkampagne schlecht zu reden. Tatsächlich gibt es einen offensichtlichen Widerspruch in dieser Analyse: Einerseits erkennt die WSWS das Auftauchen der Piraten als große Veränderung in deutschen politischen Landschaft an. Andererseits behaupten sie, dass keine große Umorientierung bei jungen Leuten statt findet. So schreibt Christoph Dreier, nachdem er die Wählerwanderungen untersucht hat:

„Alle diese Zahlen belegen, dass der Wahlerfolg der Piraten nicht auf einer inhaltlichen Neuorientierung der jungen Generation, sondern auf der Unzufriedenheit aller Altersgruppen mit dem rot-roten Senat und allen offiziellen Parteien basierte.“⁹

Zugegeben, es zeigt sich viel Verwirrung in der Hinwendung zur Piratenpartei. Dennoch man kann sagen, dass eine massenhafte Abwanderung von Wählern in dieser Größenordnung eine „Neuorientierung“ darstellt, unabhängig davon wie verwirrt sie sich ausdrückt. Der gleiche Autor fährt mit dieser Übung in verquaster Logik fort und stellt sogleich die Theorie auf, dass der Wahlerfolg der Piraten nicht einmal ein Zeichen von Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien ist, sondern das Produkt einer Medienverschwörung:

„Dass die Piraten in Berlin ein gewisses Protestpotential mobilisieren konnten, hängt weder mit einer breiteren Verwurzelung in der Jugend noch mit ihrer inhaltlichen Ausrichtung zusammen. Es ist vielmehr das Produkt einer aufwendigen PR-Kampagne und eines umfassenden Medienhypes.“

⁹ <http://wsws.org/de/2011/sep2011/pira-s22.shtml>

Wie vieles anderes in der Berichterstattung der WSWS über die Wahlen 2011 ist auch dies eine stark übertriebene Vereinfachung. Sicher gab es einen gewissen Medienhype bezüglich der Piratenpartei, doch es ist fraglich ob dieser Medienhype die Ursache für ihren Erfolg war oder eher das natürliche Nebenprodukt ihres Erfolges. Anfangs wurde über mehrere Jahre hinweg kaum über die Piraten berichtet. Dies änderte sich erst vor kurzem, als einige Meinungsumfragen der Piratenpartei Chancen einräumten in das Berliner Abgeordnetenhaus einzuziehen. Vor allem kann der Medienhype allein kaum so eine dramatische Veränderung im Wählerverhalten erklären, wenn die Piraten mit ihren liberalen und manchmal radikalen Sprüchen nicht einen Nerv bei den politikverdrossenen Wählern getroffen hätten. Besonders junge Arbeiter mit schlechten Aussichten auf geregelte Arbeit.¹⁰

Die Wahlergebnisse in Berlin sind symptomatisch für die Unzufriedenheit mit der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik der SPD und Linkspartei. *Sie sind ebenso symptomatisch für die völlige Unfähigkeit der PSG diese Unzufriedenheit anzuzapfen und sie zu sozialistischem Bewusstsein zu entwickeln.* Deswegen liegt der Analyse der PSG bezüglich der Piraten Verlogenheit zu Grunde. Was dieser Analyse fehlt, eigentlich der gesamten Perspektive der PSG, ist eine kritische Untersuchung der eigenen politischen Praxis. Die PSG stiehlt sich bequem aus der eigenen Verantwortung, wenn sie den Erfolg der Piratenpartei einzig auf einen Medienhype schiebt. Wenn die PSG darauf wartet, dass die Medien kein Hindernis für die Verbreitung von revolutionärem Bewusstsein sind, müssen wir die sozialistische Revolution auf ewig verschieben.

Die Berliner Wahlergebnisse sind ein weiteres Indiz für die politische Sackgasse, in die die sektiererische Politik des Internationalen Komitees hineingeführt hat.

¹⁰ Dies wurde durch Umfragen nach den Wahlen bestätigt. Siehe auch den bereits zitierten Artikel aus *Spiegel-Online*, <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,787417,00.html>